



Vorstand

Zum Hospitalgraben 8
99425 Weimar
Internet: www.kvt.de

Sachbearbeiter(-in):

Tel.: 03643 559- 184
Fax: 03643 559- 191
E-Mail: vorstand@kvt.de
unser Zeichen: Dr. schr

Datum: 10.01.2024

**Stellungnahme der KV Thüringen
zum Maßnahmenpaket des Bundesgesundheitsministers vom 9. Januar
2024 zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung**

Gesamtbeurteilung

Die aufgelisteten Maßnahmen enthalten nur wenig Neues und zu wenig Gutes für die ambulante Versorgung. Einige verbale Zugeständnisse an die Forderungen der Vertragsärzte- und Psychotherapeuten-schaft lassen keine wirkliche Änderung der politischen Ausrichtung auf eine institutionell getragene, staatlich dirigierte Medizin mit unzureichender Finanzierung der ambulanten Versorgung erwarten. Auch eine Abkehr vom unerträglichen Digitalisierungsdruck – bisher ohne spürbaren Nutzen für Patient/innen und Anwender/innen – mit Drangsalierung der Praxen durch zeitraubende Pflichtenwendungen und Sanktionsandrohung ist nicht in Sicht. Die sieben Kernforderungen unseres Berufsstandes aus dem Vorjahr blieben weitgehend unerfüllt.

Detailbeurteilung

Erfreulich für die Hausärztinnen und Hausärzte ist die Erneuerung des Versprechens, die hausärztliche Gesamtvergütung zu erhöhen, wenn sie nicht zur Vergütung der erbrachten Leistungen ausreicht. Außerdem soll eine qualifizierte Hitzeberatung für vulnerable Gruppen als neue hausärztliche Leistung in der GKV eingeführt werden. Damit endet aber auch schon der positive Aspekt der angekündigten „großen Reform“ des ärztlichen Honorarsystems. Die Einführung einer sogenannten Vorhaltepauschale für ausgewählte besonders versorgungsrelevante Hausarztpraxen wird zu einer Umverteilung der Finanzmittel mit inner-ärztlichen Konflikten führen, welche einen spaltenden Keil in die Selbstverwaltung schlägt. Auch die Umstellung der hausärztlichen Versorgung auf ein Einschreibemodell von Versicherten mit kontinuierlichem Arzneimittelbedarf, das mit einer Jahresversorgungspauschale einhergeht, sehen wir kritisch. Pauschalen sind ordnungspolitisch immer dort sinnvoll, wo das Leistungsprinzip nicht passt. Wenn die hausärztliche Versorgung auf diese Weise partiell vom Leistungsprinzip befreit wird, resultiert für die Versorgung betreuungsintensiver chronisch Kranker jedenfalls keine Verbesserung. Die in der fachärztlichen Versorgung erforderliche Aufhebung der leistungsgrenzenden Budgetierung zur Schließung der zunehmenden Versorgungslücken fehlt im Maßnahmenpaket des Ministers völlig. Unter dem Strich bringen die Reformpläne für Thüringen vor allem Ärger und keinen Fortschritt.

Deutsche Apotheker- und
Ärztebank e. G.
BIC DAAEDEDXXX
IBANDE75 3006 0601 0003
0926 23
IK 205000023

Commerzbank AG
BIC COBADEFF820
IBANDE70 8204 0000 0452
0300 00
IK 205000034



Von insgesamt sechs angekündigten Maßnahmen zur Entbürokratisierung ist die Einführung einer Bagatellgrenze bei Wirtschaftlichkeitsprüfverfahren ein begrüßenswerter Plan. Leider bleibt der Minister auch hier im Ansatz stecken und hat die viel dringender erforderliche Bagatellgrenze für automatisierte Plausibilitätsprüfungen sowie das sachgerechte Differenzkostenprinzip bei Regressen überhaupt nicht erwähnt. Auch die weiteren Einzelmaßnahmen bedeuten nur minimale Entlastungen im Praxisalltag. Sie sind zwar besser als gar nichts, dienen aber wohl vor allem zur Ablenkung von der Bewahrung der Bürokratielasten als Kostendämpfungsinstrument.

Unter dem Thema Digitalisierung werden bereits beschlossene Gesetze aufgelistet. Die Ärgernisse der bisherigen Digitalisierungspolitik, die einen wesentlichen Grund der Ärzteproteste darstellen, werden nicht adressiert. Als Schuldige an der Dysfunktionalität von gesetzlich vorgeschriebenen Anwendungen hat Minister Lauterbach die Hersteller von Praxisverwaltungssystemen ausgemacht und will mit dem Gesetz zur Errichtung einer Digitalagentur deren Markt bereinigen. Für die unerträglich gewordene aktuelle Situation in den Praxen ist weder Verständnis noch Abhilfe erkennbar.

Am Ende führt der Minister auch noch seine bekannten Projekte zur sektorenübergreifenden Versorgung aus. Dass er dies in der Bundespressekonferenz mit dem Thema schnellerer Termine bei Fachärzten verbunden hat, offenbart seine ideologische Ausrichtung auf die Verlagerung von deren Praxen an Level-1i-Krankenhäuser.

Fazit

Die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen tritt für die Stärkung inhaber(innen)geführter Praxen von Hausärzten, Fachärzten und Psychotherapeuten sowie der vertragsärztlichen Selbstverwaltung als wichtigsten Säulen einer guten ambulanten Versorgung ein. Aus dieser Perspektive ist der sogenannte Krisengipfel des Bundesgesundheitsministers mit Akteuren des Gesundheitswesens als gescheiterter Versuch zur Befriedung der Branche zu betrachten. Herr Lauterbach hat sich vor allem bemüht, die Beteiligten an der Versorgung und ihrer Selbstverwaltung auseinander zu dividieren und damit die Protestwelle zu brechen. Wir werden seiner Politik weiterhin entschlossen entgegen treten.